



Bernd Riexinger

Klima retten anstatt Kapitalismus

Im globalen Maßstab treffen die Auswirkungen der Klimakrise diejenigen am härtesten, die am wenigsten zur Entstehung dieser Krise beigetragen haben: die Menschen in den Ländern des globalen Südens, etwa in Indien oder Bangladesch. Doch auch hierzulande ist die Wucht dieser Krise erlebbar: extreme Hitze, Dürre und Starkregen nehmen seit Jahren zu. Steigt der Meeresspiegel, wie im Report des Weltklimarates prognostiziert, um 1,5 Meter bis zum Jahr 2100, versinken die Nordsee-Inseln Pellworm und Sylt vor den Augen unserer Kinder und Enkelkinder in den Fluten.

Der Klimawandel ist kein zufälliges Ergebnis, sondern die Folge unserer Produktions- und Konsumweise. Er ist die Konsequenz aus einem Wirtschaftssystem, das vom Streben nach maximalen Profit getrieben wird, nicht von Nachhaltigkeit. Seit dem Jahr 1988 sind 100 Konzerne für mehr als 70 Prozent des weltweiten CO²-Ausstosses verantwortlich. Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte zum Klimaschutz schweigen.

Den Klimawandel zu stoppen, ist eine der größten Menschheitsaufgaben der Gegenwart. Die Wissenschaft hat die Bereiche beschrieben, in denen gehandelt werden muss, und die Werkzeuge benannt, die anzuwenden sind. Nun geht es darum, den politischen Willen zum Handeln herbeizuführen. Die meisten Entscheidungen, die Politikerinnen und Politiker in der Gegenwart treffen, werden entweder zur Zerstörung unseres Planeten beitragen oder seinem Erhalt dienen.

Die Entscheidungen des Klimakabinetts zeugen vom kolossalen Versagen der Bundesregierung. CDU, CSU und SPD mangelt es an Mut, sich mit den Energiekonzernen und der Automobilindustrie anzulegen. Der Emissionshandel wird nicht das Klima retten, sondern lediglich einen neuen Markt schaffen, auf dem mit den Rechten zur Umweltverschmutzung Geschäfte gemacht werden. Keine der getroffenen Entscheidungen führt dazu, dass der Autoverkehr reduziert und die Wirtschaft auf ökologische Innovationen ausgerichtet wird. Selbst beim Ausbau von Bus und Bahn wurde zugunsten des ausgeglichenen Haushalts geknausert.

Die Partei DIE LINKE und ich wollen das Klima und die Menschheit retten, nicht den Kapitalismus und seine Profiteure. Wir verbinden Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu einem linken Green New Deal. Das Ziel ist ein sozialer und

ökologischer Systemwandel, an dem Gewerkschaften und Klimabewegung gleichermaßen mitwirken.

Die Kernidee dieses Plans ist einfach und einleuchtend: Kein Beschäftigter soll sich entscheiden müssen zwischen seinem Job und einer lebenswerten Zukunft für seine Kinder und Enkel. Es geht um sinnvolle Arbeitsplätze und um Löhne, die für ein gutes Leben reichen. Soziale Sicherheit für die Mehrheit der Bevölkerung und der Wandel zu einer klimagerechten Wirtschaft erfordern massive Investitionen und staatliche Arbeitsplatzgarantien. Es geht um nicht weniger als um einen grundlegenden Richtungswechsel in der Industriepolitik, der konsequenten Klimaschutz und die Interessen der Beschäftigten gleichrangig verbindet.

Höhere Löhne, Arbeitszeitverkürzung und eine neue Qualität der sozialen Infrastruktur, in den Städten wie auf dem Land, bieten das Potential für ein neues Wohlstandsmodell. Dieses gewaltigen Veränderungsprozess darf man nicht den radikalen Kräften des Marktes überantworten. Er muss initiiert und gesteuert werden von staatlichen Institutionen, die der demokratischen Kontrolle durch die Bevölkerung unterliegen.

Es geht beim linken Green New Deal unter anderem um eine sozial gerechte Verkehrswende, also um bezahlbare und ökologische Mobilität für alle. Bereits heute würde laut einer Umfrage die Hälfte der Bevölkerung auf ein Auto verzichten, wenn es zuverlässige und günstige Alternativen gäbe. Deshalb sieht der Plan vor, dass der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und der Bahn Priorität vor den Subventionen des Autoverkehrs bekommt. Investiert werden soll in die Infrastruktur der Bahn, in bessere Taktzeiten und gesteigerter Pünktlichkeit. Innerhalb von fünf Jahren soll außerdem der ÖPNV ausgebaut und für die Menschen kostenfrei gemacht werden. Das trägt dazu bei, dass die Städte klimagerechter und lebenswerter werden.

Zur Finanzierung dieses Richtungswechsels müssen die bisherigen Profiteure des Systems herangezogen werden. Dazu zählen beispielsweise die Automobilkonzerne, deren milliardenschweren Rücklagen für die ökologischen Transformation der Produktion und den Erhalt von Arbeitsplätzen genutzt werden müssen. Auch die Subventionen für klimaschädlichen Unternehmen müssen schnellstmöglich beendet werden. Grundsätzlich müssen Vermögens- und Einkommensmillionäre gezwungen werden, dank deutlicher höherer Steuern stärker als bislang zur Rettung des Klimas beitragen.

Die Zeit der Entscheidung naht: Bleiben wir auf dem eingeschlagenen Weg, von dem wir wissen, dass er uns in den Abgrund führt? Oder steuern wir um zum Wohle unserer Kinder und Enkel? Ich meine: Es ist höchste Zeit, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu verbinden. Es ist Zeit für einen linken Green New Deal.

Bernd Riexinger ist Vorsitzender der Partei DIE LINKE

Veröffentlicht am 25. November 2019: <https://www.fr.de/meinung/einen-linken-green-deal-13243997.html>

